Nr. 190 Morgen-Ausgabe
A 97

Berlin

Freitag, 23. April 1926
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3000—3063, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3695—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 668.

Preußen und Fürstenkompromiß

Besprechung zwischen Luther und Braun

Die Aussprache, zu der Reichskanzler Dr. Luther — veranlaßt durch die Ablehnung des § 2 des Kompromißentwurfes im Rechtsausschusse durch die Sozialdemokraten — die Vertreter der Koalitionsparteien gebeten hatte, hat gestern nachmittag stattgefunden. Es haben an ihr außerdem von der Reichsregierung der Reichsjustizminister Marx und von der preußischen Regierung Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff teilgenommen.

Zu einem abschließenden Ergebnis ist man in dieser dreistündigen Aussprache nicht gelangt. Regierung und Koalitionsparteien sind sich über den Kompromißentwurf einig, die eigentliche politische Frage aber, die durch die gestrigen Vorgänge im Rechtsausschusse des Reichstages aufgeworfen wurde, nämlich die Frage, mit welcher Mehrheit die Reichsregierung das Fürstenabfindungsgesetz im Reichstage parlamentarisch durchzubringen entschlossen ist, konnte selbstverständlich nicht in einer auf Kanzler und Koalitionsparteien beschränkten Aussprache endgültig beantwortet werden. Dazu ist ein Einvernehmen mit den anderen Parteien, vor allem mit den Sozialdemokraten, und nicht in letzter Linie mit der preußischen Regierung erforderlich.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Gesetzentwurf über die Fürstenabfindung in der Hauptsache dazu bestimmt ist, Preußen und Thüringen eine billige Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern zu ermöglichen. Mit dem zweiten Kompromißentwurf hat sich der preußische Finanzminister nicht einverstanden erklären können, und daran ist er auch gescheitert. Auch der dritte, zwischen Reichsregierung und Koalitionsparteien vereinbarte Entwurf scheint die preußische Regierung nicht völlig zu befriedigen, und deshalb ist auch Wert darauf gelegt worden, daß Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff an den Beratungen im Rechtsausschuß teilnimmt. Der Gesetzentwurf über die Fürstenabfindung kann seinem Zwecke nur entsprechen, wenn er der preußischen Regierung nach ihrer Auffassung tatsächlich eine günstige Basis für eine Auseinandersetzung mit den Hohenzollern schafft. Ist dies nicht der Fall, dann hat der Gesetzentwurf seinen Zweck verfehlt. Die wichtigste Voraussetzung ist daher nach wie vor eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen den Reichsinstanzen und der preußischen Regierung.

Das wichtigste Resultat der gestrigen Besprechung in der Reichskanzlei war daher die Anberaumung einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler, dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Finanzminister auf heute vormittag. Gelingt es, in dieser Konferenz für die Fürstenabfindung eine einheitliche Plattform für Reichskabinett und preußische Regierung zu schaffen, dann ist nicht nur die materielle und juristische, sondern auch die politische Voraussetzung für eine Mehrheitsbildung in der Abfindungsfrage gegeben.

Es ist klar, daß ein Gesetzentwurf, mit dem sich die gegenwärtige preußische Regierung völlig einverstanden erklärt, auf der einen Seite, nämlich bei den Deutschnationalen, abgelehnt wird, auf der anderen Seite, bei den Sozialdemokraten, nicht auf allzu heftige Gegnerschaft stoßen kann. Die logische Entwicklung ist dann gegeben. Das Gesetz über die Fürstenabfindung kann nur mit einer Mehrheit gemacht werden, der die Sozialdemokratie angehört. Die Sozialdemokraten erheben auch mancherlei Einwendungen gegen den dritten Kompromißentwurf, der ihnen nicht weit genug geht. Aber wenn zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung eine Verständigung erzielt wird, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihr am Ende das Placet nicht versagen können. Es wird dann immer noch notwendig sein, die Auffassungen der Koalitionsparteien und die Wünsche der Sozialdemokraten gegeneinander abzustimmen, alle Gruppen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten unter einen Hut zu bringen; aber das wird, wenn die prinzipielle Entscheidung gefallen ist, nicht mehr sehr große Schwierigkeiten machen können, und es wird sich dann kaum noch der Fall wiederholen, daß in den Beratungen des Rechtsausschusses ein Vakuum entsteht, das zum Abbruch der Verhandlungen zwingt.

Die Besprechungen zwischen Kanzler und Koalitionsparteien werden heute noch fortgesetzt werden. Um 4 Uhr nachmittags tritt der Rechtsausschuß wieder zusammen.

Kulturkrise

Von
Dr. Richard Huldschiner,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **München,** Ende April

Nach dem Tode Friedrichs des Großen verfiel die preußische Wehrmacht, ohne daß der Kranke selbst es merkte. Bis dann der Zusammenbruch auch letzte Illusionen verrichtete.

Das Münchener Kulturleben steht in einer ähnlichen Krise. Auch hier hält sich der Leibende für kerngesund, obschon er seit etwa 15 Jahren bedenklich hinsiecht. Es ist kein Napoleon gekommen, um ihn über den Haufen zu werfen; die Katastrophe wurde auch ohne das evident in dem Augenblick, da München sie selber zugegeben hat. Das Drum und Dran des Kanzlerbesuchs, seine Aufmachung als Kulturausprache ist das Eingeständnis, daß eine Vormachtstellung verloren gegangen ist. Kulturkrise! Götterdämmerung!

*

München war einmal gleichbedeutend mit Künstlertum, trotz und entgegen der etwas schwerfälligen, mehr an den Erdboden gebundenen Eigenart des Bayern. Heute hält Epigonentum künstlich eine Tradition aufrecht und merkt erst zu spät, daß der Inhalt der alten Form ausgedörrt, abgebröckelt, verloren gegangen ist. Auf allen Gebieten künstlerischer Betätigung fast in gleicher Weise.

In der bildenden Kunst allerdings vielleicht am meisten. Das Geschaft Aufrüttelnde fehlt; eine alte Malergeneration tüchtiger Männer zehrt von verjährtem Ruhm, das Cliquenwesen erschwert den Auftrebenden das Emporkommen, die Art, wie die Juroren bei den Kunstausstellungen vorgehen, wird nicht nur von denen mit Kopfschütteln abgelehnt, die selber ausstellen wollten und zu kurz gekommen sind. Seit Jahren ist der Glaspalast fast nur mehr eine Verkaufsschau (in der nicht verkauft wird).

Der größte Ruhm Münchens, die Helle, Heiterkeit und ruhige, sichere Artung seines Stadtbauwesens, ist verloren gegangen. Gleichgültiger Durchschnitt hat den Vorrang. Das Kriegerdenkmal etwa vor dem Armeemuseum, eine Art Baugrube, in deren Grund ein Hünengrab auftaucht, fremd und seltsam trotz der tüchtigen Figur des toten Soldaten; der Pfalzstein vor der Residenz, Steinblöcke, die zwischen sich vier steinerne Stahlhelme zermalmen, graues Verkehrshindernis mitten auf dem Fußsteig, sind Sünden dieser Art.

Die Staatstheater hat erst kürzlich, vielleicht mit einiger Uebertreibung, ein Dichter im bayerischen Landtag eine „Ruine", „bestenfalls ein Museum" genannt. Der Intendant ist Musiker, steht dem Schauspiel innerlich zu fern. Die Oper ist ein Kriegslager, aus dem die besten Soldaten desertieren, weil der Feldherr nicht die Geldmittel, vielleicht auch nicht immer das hinreichende psychologische Verständnis hat, seine stärksten Kräfte zu halten. Sein Generalmusikdirektor ist ein tüchtiger, wenn auch trockner Musiker, seinen Vorgängern weit unterlegen, aber ein „nationaler Mann", und vielleicht darum trotz seiner Jugend auf den Platz berufen, den er einnimmt.

Die Universität sah gleichfalls nichts als Flucht. Willstätter, Wölfflin, Adolf Weber, Wenger, Nahl, Straub und viele andere zogen andere Wirkungsstätten vor. Neu frei werdende Lehrstühle und Kulturämter erfahren merkwürdige Besetzungen, für die nicht immer nur sachliche Erwägungen maßgebend zu sein schienen. Bayerischer Lokalpatriotismus, um nicht ein stärkeres Wort zu gebrauchen, Rücksichten auf Religionsbekenntnis oder Zugehörigkeit zu bestimmten Alte-Herren-Verbänden studentischer Korporationen haben in sehr vielen Fällen den Vorrang vor der Frage der wissenschaftlichen Bedeutung gehabt. Der Fall der Nachfolgeschaft Wölfflins ist durch den Tod Hauttmanns wieder akut geworden. Fakultät und Ministerium müssen zeigen, ob sie aus ihren Fehlern gelernt haben.

*

Das politische Durcheinander war grenzenlos. München wurde die Stadt der Unruhigen und Unzufriedenen. Die friedliche Atmosphäre der Freude am Schönen und Guten, die für den Künstler notwendig ist wie die Luft zum Atmen, war dahin. Nichts mehr von „Phäakentum"!

Auch der Käufer begann auszubleiben. Man geht nicht zu seinem Vergnügen nach einer Stadt, in der jeden Augenblick ein Putsch ausbrechen konnte oder ausbrach.

Dazu kam der allgemeine Niedergang Deutschlands, an dem München natürlich teil haben mußte. Jazz, Film, Tanzwut, Radio und wie die Dinge einer äußerlichen Zivilisation sonst heißen, die an die Stelle einer verinnerlichten und aus dem Innern wieder befruchtend hervorquellenden Kultur (nicht nur in Deutschland) getreten sind, drängten Kunstübung und das Interesse des Volkes an der Kunst zurück. Aber keines der großen deutschen Kulturzentren litt so sehr wie München.

Nicht an den äußeren Mitteln fehlt es, nicht an der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung der Dinge liegt die

Baldwins Vermittlerrolle

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London,** 22. April

Nachdem der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft in einer internen Sitzung die Erklärungen der Grubenbesitzer besprochen hatte, begab sich der Vorstand vollzählig in das Unterhaus und hielt dort abends eine gemeinsame Sitzung mit dem Industrieausschuß des Gewerkschaftskongresses ab. Diesem fällt nach dem ergebnislosen Verlauf der Aussprache zwischen Grubenbesitzern und Gewerkschaftsführern die Aufgabe zu, die weiteren Verhandlungen mit der Regierung über die Beilegung der Krise zu führen.

Nach einer einstündigen gemeinsamen Sitzung des Bergarbeitervorstandes und des Industrieausschusses des Gewerkschaftskongresses ersuchte der Industrieausschuß Baldwin um eine Unterredung. Baldwin erklärte sich bereit, die Mitglieder des Industrieausschusses unter Führung des Exministers Thomas sofort in seinem Arbeitszimmer im Unterhaus zu empfangen. Während der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft im Fraktionszimmer der Arbeiterpartei zurückblieb, begann heute abend um 7 Uhr die Besprechung des Industrieausschusses mit Baldwin. Als Ergebnis dieser Besprechung erwartet man die Formulierung konkreter Kompromißvorschläge, um die noch ziemlich weit voneinander abweichenden Standpunkte der Grubenbesitzer und Bergarbeiter anzugleichen und zu überbrücken. Halbamtlich verlautet als Ergebnis dieser Besprechung Baldwins mit dem Industrieausschuß des Gewerkschaftskongresses, daß morgen vormittag unter dem Vorsitz des Premierministers eine gemeinsame Sitzung der Grubenbesitzer und des Bergarbeiterverbandes im Arbeitsministerium stattfinden wird.

In sehr gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen legt man den hochdramatisch aufgezogenen Erklärungen des Sekretärs der Bergarbeitergewerkschaft Cook und des Sekretärs der Grubenbesitzerorganisation Lee keine übertriebene Bedeutung bei. „Beiden Parteien liegt daran," so betonte ein in Industriefragen besonders sachverständiger Parlamentarier, „vor dem breiteren Publikum und der Presse gut dazustehen. Beide Parteien wollen nach Möglichkeit einen Kampf vermeiden, aber das Kompromiß soweit wie möglich auf Kosten der Steuerzahler und unter möglichster Beschränkung der eigenen Opfer erst in elfter Stunde schließen." Die fulminanten Erklärungen der beiden Parteien nach der heutigen Sitzung seien, so meinte ein gewiegter City-Mann, „die Zangen, die den finanziellen Geburtsakt der Regierung in der Form einer neuen Subvention für den Bergbau beschleunigen sollen".

Deutsch-englische Kohlenverhandlungen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Dortmund,** 22. April

Wie wir erfahren, werden die deutsch-englischen Kohlenverhandlungen demnächst, voraussichtlich in Essen, fortgesetzt werden. Wahrscheinlich werden einige Vertreter des englischen Kohlenbergbaus, unter ihnen auch Arbeitervertreter, nach Essen kommen, um das Ruhrkohlensyndikat zu studieren.

Französisch-amerikanisches Schuldenabkommen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York,** 22. April

Das Schatzamt hat die erste offizielle Besprechung zwischen der amerikanischen Schuldenkommission und dem französischen Botschafter Béranger für Freitag angesetzt. Dann dürfte das inoffiziell bereits erreichte Abkommen zwischen Mellon und Béranger bekanntgegeben und wahrscheinlich in wenigen Tagen angenommen werden. Die Regierung wird versuchen, die Zustimmung des Kongresses zu diesem Abkommen möglichst noch im Laufe dieser Session zu erlangen.